



### Presseschau vom 07.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform u.a.](#) sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondenT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### vormittags:

de.sputniknews.com: Abfangen russischer Tu-95 durch F-22 – Verteidigungsministerium nimmt Stellung

US-Kampfjets vom Typ F-22 sind zum Abfangen russischer Bomber vom Typ Tu-95 im Gebiet von Alaska gestartet, berichtet „Washington Free Beacon“ unter Berufung auf Michael Kucharek, den Sprecher des Nordamerikanischen Luft- und Weltraum-Verteidigungskommandos (NORAD). Das russische Verteidigungsministerium hat den Vorfall bereits kommentiert.

Der Vorfall ereignete sich laut Kucharek am 1. September.

„F-22 entdeckten und begleiteten zwei russische Tu-95, bis die Bomber die Luftverteidigungsidentifizierungszone entlang der Kette der Aleuten in westlicher Richtung verließen“, wird Kucharek von „Washington Free Beacon“ zitiert.

In Mai hatten zwei F-22 Kampfflugzeuge der NORAD zwei russische Tu-95-Langstreckenbomber abgefangen und identifiziert, die in der Luftverteidigungsidentifizierungszone vor der Westküste Alaskas nördlich der Aleuten unterwegs waren.

Das russische Verteidigungsministerium teilte am Freitag mit, die russischen Langstreckenbomber Tu-95MS hätten über den Neutralgewässern des Arktischen Ozeans, des Beringmeers sowie des Ochotskischen Meers geplante Flüge durchgeführt. Auf bestimmten Teilstrecken seien die russischen Militärflugzeuge von zwei F-22-Kampfflugzeugen der US Air Force begleitet worden.

Laut der Behörde führen russische Fern- und Marineflieger regelmäßig Flüge über den neutralen Gewässern der Arktis, des Atlantik, des Schwarzen Meeres und des Pazifischen

Ozeans durch. Die Flüge der Maschinen würden in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Regeln für die Nutzung des Luftraums und ohne Verletzung der Grenzen anderer Staaten durchgeführt, betonte das russische Verteidigungsministerium.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31564/44/315644463.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Von Seiten der ukrainischen Truppen wurde das Gebiet von **Slawjanoserbsk** beschossen. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: „Menschenrechtsverstöße“: US-Sozialaktivistin über Krim-Blockaden durch Kiew

Eine Vertreterin einer US-Delegation von Sozialaktivisten hat gelegentlich eines Krim-Besuchs die Handlungen der ukrainischen Regierung gegenüber der Halbinsel als Menschenrechtsverstöße bezeichnet.

Die aus vier Personen bestehende US-amerikanische Delegation der Organisation „Center for Citizen Initiatives“ hält sich seit Mittwoch zu einem dreitägigen Besuch auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim auf.

Am ersten Tag besuchte die Delegation ein Waisenhaus in Simferopol, wo sie eine Freundschaftsallee anlegte, und traf sich mit dem Vorsitzenden und den Abgeordneten des Parlamentes der Krim.

„Es gab Menschenrechtsverletzungen auf der Krim, sie sind uns bewusst. Sie (die Behörden der Ukraine – Anm. d. Red.) haben die Wasser- und Stromversorgung gestoppt. Sind das nicht Menschenrechtsverstöße?“, sagte die Rechtsanwältin Sylvia Demarest gegenüber Sputnik.

Die Krim war im März 2014 – nach gut 22 Jahren unter Verwaltung durch die unabhängige Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Staatsstreich in Kiew im Februar 2014.

Die ukrainische Regierung erkennt die Abspaltung der Krim nicht an und setzt die dortige Bevölkerung mit Verkehrs-, Energie- und Lebensmittelblockaden unter Druck.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32071/32/320713268.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 06. September 3:00Uhr bis 07. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 19.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Kontroll- und Passierpunkt „Gorlowka“, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Isotow-Bergwerks), Jasinowataja, Spartak, Donezk (Trudowskije), Nowaja Tawrija, Saitschenko, Dsershinskoje, Kransarmejskoje, Leninskoje, Oktjabrj, Sachanka, Kominternowo.**

Gestern wurde durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Wohnhaus in Gorlowka beschädigt:

- Wosnesenskij-Straße 30/4 – Fensterrahmen, Verglasung und eine Wand des Hauses wurden beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 178.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Russland hat Beweise: Terroristen bereiten Provokation in Syrien vor – Sacharowa

Russland verfügt über offensichtliche Beweise für eine C-Waffen-Provokation, die von Terroristen in Syrien vorbereitet wird. Das verkündete die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag.

Sacharowa erläuterte bei einem Briefing: „Wir haben sichtbare Beweise für die Vorbereitung

eines chemischen Angriffs durch Terroristen. Darüber haben wir nicht nur gesprochen, sondern auch sachliches Material vorgelegt. Wenn die amerikanische Seite sachliches Material hat, das ihnen Sorgen macht, können sie es an uns schicken, zum Beispiel auf bilateralen Wegen.“

Am Vorabend hatte der US-Sondergesandte für Syrien, Jim Jeffrey, erklärt, Washington habe „viele Beweise“ dafür, dass die syrische Regierung einen C-Waffen-Einsatz vorbereite. Er sagte zudem, dass jegliche Militäroperation in Idlib eine „rücksichtslose Provokation“ sein würde.

„Niemand hat den Kampf gegen Terroristen in Syrien abgesagt. Das ist die wichtigste Aufgabe“, betonte Sacharowa.

Die Provinz Idlib steht immer noch fast vollständig außer Kontrolle der syrischen Regierung. Dort befinden sich die Kämpfer der bewaffneten Opposition und laut Moskau und Damaskus einige Terrormilizen, die regelmäßig Stellungen der syrischen Armee angreifen.

Am 25. August hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärt, Terroristen von „Hai’at Tahrir asch-Scham“ würden eine Provokation vorbereiten. Damit solle Damaskus des Einsatzes von Chemiewaffen gegen Zivilisten in der syrischen Provinz Idlib bezichtigt werden, was dann als Vorwand für einen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Regierungsobjekte in Syrien dienen könnte.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32223/92/322239230.jpg>

Dan-news.info: „Durch den nächtlichen Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen wurden in Kominternowo elf private Häuser beschädigt“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit. Er fügte hinzu, dass es keine Toten und Verletzten in Folge des Beschusses gibt. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist bereits vor Ort.

Ukrinform.ua: Sicherheitsrat beschließt, militärische Präsenz im Asowschen Meer zu erhöhen. Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine habe in der gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten eine Reihe von Maßnahmen zur Verteidigung der nationalen Interessen in den südlichen Regionen, den Seengebieten des Asowschen und Schwarzen Meeres verabschiedet, berichtet der Pressedienst des Sicherheitsrats.

„Es geht um die Erhöhung der Marinepräsenz im Asowschen Meer, die Bildung einer Schiffs-Boots-Gruppierung der Seestreitkräfte der Streitkräfte der Ukraine dort, den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur, die Versorgung der Einheiten der Küstenwache mit den neuesten Präzisionsraketen und dergleichen mehr“, betonte man im Rat.

Darüber hinaus wurde das Ministerkabinett beauftragt, dringend eine Seedoktrin der Ukraine zu verabschieden und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Verteidigung der nationalen

Interessen im Seegebiet des Asowschen und Schwarzen Meeres zu vervollkommen. Die Regierung soll auch eine gemeinsame Position mit internationalen Partnern in Bezug auf den Umgang mit der technologischen Katastrophe auf dem besetzten Territorium der nördlichen Krim entwickeln und Maßnahmen gegen ihre Verbreitung auf den südlichen Teil des Festlandes der Ukraine sicherstellen.

Der Sicherheitsrat unterstützte auch den Vorschlag des Präsidenten Petro Poroschenko über die Nichtverlängerung des Abkommens über Freundschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation um die nächsten 10 Jahre.

Wie berichtet, hat sich in der Nacht auf den 24. August auf der durch Russland annektierten Krim in der Stadt Armjansk eine Emission von unbekannten Giftstoffen ereignet, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gesundheit der lokalen Bevölkerung und vor allem Kinder führte.

In Oblast Cherson wurde ebenfalls die chemische Verschmutzung von Luft und Boden festgestellt.

Erst nach 12 Tagen der ökologischen Katastrophe haben die „Behörden“ der Krim den Betrieb im Werk „Titan“, wo es diese giftige Emission gab, in der Stadt Armjansk für zwei Wochen eingestellt. Schulpflichtige Kinder und Kinder im Vorschulalter wurden mit ihren Müttern in Sanatorien geschickt.

de.sputniknews.com: Nato bat Skripal um „faule“ Angaben über Russland – Experte  
Die Aufklärungsdienste der Nato-Länder haben versucht, von dem im britischen Salisbury vergifteten Ex-Doppelagent Sergej Skripal „faule“ Informationen über Russland zu erhalten. Das sagte der Generalmajor a.D. des russischen Geheimdienstes FSB Alexander Michajlow gegenüber Sputnik.

„Skripal hat die Geheimdienste seit langem verlassen, und er kennt keine Geheimnisse mehr. Im Hinblick darauf, dass sogar die ‚New York Times‘ anerkennt, dass die russische Spionageabwehr die Aktivitäten von Residenten auf dem Territorium der Russischen Föderation vollständig lahmelegt hat, befinden sich alle Geheimdienste der Welt in derselben Lage. Ich bin mir dessen sicher, dass bestimmte Nachrichtendienste der Nato-Länder versucht haben, von Skripal zumindest ‚faule‘ Informationen zu erhalten“, sagte Michajlow.

Zuvor hatte die US-Zeitung „New York Times“ berichtet, Skripal soll in den letzten Jahren mit der spanischen Aufklärung gearbeitet haben. Über seine Besuche in Spanien klärte ein hochrangiger Beamter auf, der aber keine zusätzlichen Informationen zur Verfügung stellte. Nach Angaben der Zeitung half der Ex-Doppelagent den spanischen Behörden bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Zeitung verweist darauf, dass sich nach dem Zerfall der Sowjetunion mehrere russische Kriminelle in Spanien befunden hätten.

Ein Ex-Beamter der spanischen Polizei, der anonym bleiben wollte, sagte gegenüber der „New York Times“, dass es in Spanien zunächst große Probleme bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität gab, weil die Behörden keine Vorstellung gehabt hätten, wie die Kriminellen in Russland agieren. Dank Skripal und dem Ex-FSB-Offizier Alexander Litwinenko, der 2006 in London vergiftet worden war, hätten sie ein genaueres Bild von diesem Phänomen bekommen.

Die Beamten präzisierten nicht, ob Skripal ein Agent der spanischen Aufklärung war oder nur Vorlesungen hielt, wie in Estland und der Tschechischen Republik.

Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März im britischen Salisbury vergiftet worden, was einen großen internationalen Skandal provoziert hatte. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein. Russland weist die Vorwürfe entschieden zurück.

**nachmittsgs:**

de.sputniknews.com: Frankreichs Justiz nimmt Donezk-Vertretung in Marseille unter ihre Fittiche.

Das Gericht der südfranzösischen Stadt Aix-en-Provence hat beschlossen, dass die Vertretung der selbsternannten Volksrepublik Donezk ihre Arbeit in Marseille fortsetzen soll, wie der Vertretungsleiter Hubert Fayard am Freitag gegenüber Sputnik erklärte.

„Das Gericht der Stadt Aix-en-Provence hat gerade die Klage von Macrons Regierung abgelehnt... Der Verein wird die DVR weiterhin in Übereinstimmung mit dem französischen Recht vertreten und die Rechte der Menschen in Donezk im Einklang mit den Normen des Völkerrechts verteidigen“, sagte Fayard.

Er betonte zudem, dass „die französische Justiz die Existenz der französischen Vertretung der DVR und somit auch die Existenz der Donezker Volksrepublik durch diese Entscheidung anerkennt.“

Am 25. September 2017 wurde die Vertretung der selbsternannten Volksrepublik Donezk in der südfranzösischen Stadt Marseille eröffnet. Die Vertretung gilt laut Frankreichs Außenministerium als Verein ohne diplomatischen Status und ohne entsprechende Immunität.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32183/58/321835844.jpg>

Dnr-online.ru: Zusammenfassung mehrerer Meldungen zur Sitzung des Volkssowjets am 7.9.18:

Zum kommissarischen Republikoberhaupt der DVR bestimmte der Volkssowjet Denis Puschilin.

Die Wahlen zum Oberhaupt der DVR und zum Parlament wurden auf den 11. November festgelegt, diese Entscheidung traf die Plenarversammlung des Volkssowjets.

Zuvor hatte es eine Stellungnahme der Generalstaatsanwaltschaft der DVR gegeben, dass nur der Volkssowjet in der gegebenen Situation ein kommissarisches Staatsoberhaupt bestimmen könne. Die Verfassung sehe dafür den ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats vor, einen solchen gebe es nicht, da die drei stellvertretenden Vorsitzenden gleichberechtigt gewesen sind.

Denis Puschilin sagte zum Abschluss: „In erste Linie will ich den Abgeordneten danken, die es heute mit ihrer Abstimmung ermöglicht haben, die Normen der Verfassung einzuhalten. Und das wird es uns erlauben, den Kurs von Alexandre Wladimirowitsch fortzusetzen und alle Anstrengungen einzubringen, damit alle Träume und Aufgaben, die er festgelegt hat, realisiert werden, die Einwohner des Donbass glücklich zu machen“.

Das kommissarische Republikoberhaupt benannte die vorrangigen Ziele, die heute vor den Organen der ausführenden Staatsmacht stehen:

„Wir planen jetzt die Arbeit des Ministerrats zu aktivieren. Es sind natürlich gesetzgeberische

Akte notwendig und wir müssen als ein Team handeln. Das ist die grundlegende Botschaft, die ich allen mitgeben möchte, die Entscheidungen treffen müssen und von denen die Gewährleistung aller notwendigen Dinge für unsere Bürger abhängt“, fasste er zusammen.

de.sputniknews.com: Syrien-Gipfel: Iran wirft Washington „Aggression und Extremisten-Unterstützung“ vor.

Laut dem iranischen Präsidenten Hassan Rouhani wird bei der Syrien-Regelung von den USA keine positive Rolle erwartet. Auf Bitte von Damaskus bewahrt Teheran seine Militärpräsenz in Syrien, teilte der Präsident während des Gipfeltreffens zwischen Russland, der Türkei und dem Iran am Freitag mit.

„Es ist völlig klar, dass die Amerikaner sich in Syrien gesetzwidrig befinden und sich nur mit Aggression und der Unterstützung des Extremisten-Regimes beschäftigen. Von ihnen wird keine positive Rolle in der syrischen Frage erwartet“, so Rouhani.

Demzufolge entspricht die gesetzwidrige Einmischung der USA in Syriens Angelegenheiten „keiner internationalen Regel“. „Ihre Anwesenheit macht die Probleme nur schlimmer, erschwert die Herstellung eines stabilen Friedens in Syrien.“

Der Präsident betonte ferner, dass die iranische Militärpräsenz in Syrien weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft darauf gerichtet sei, „jemandem Irans Willen aufzuzwingen“.

„Die Islamische Republik Iran befindet sich in diesem Land auf Bitte der syrischen Regierung, um gegen den Terrorismus zu kämpfen. Und über die Fortdauer unserer Anwesenheit in der Arabischen Republik Syrien auf der Grundlage dieses Prinzips wird in der Zukunft entschieden werden“, sagte Rouhani.

Er betonte: Der effektivste Weg zur Terrorbekämpfung in Syrien sei die Zusammenarbeit mit der legitimen Regierung in Damaskus. Russland, der Türkei und dem Iran sei es gelungen, dem Terrorismus in Syrien Einhalt zu gebieten.

„Uns ist es gelungen, den Terrorismus in Syrien zu stoppen und seine Ausbreitung in der ganzen Region und in der Welt wesentlich zu bremsen. Dank den obengenannten Bemühungen ist heute eine Basis für den konstruktiven nationalen Dialog auf der innersyrischen Ebene vorbereitet worden.“

Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Freitag beim Gipfeltreffen in Teheran mit seinen türkischen und iranischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan und Hassan Rouhani zusammengetroffen. Die Verhandlungen finden im Rahmen des Astana-Friedensprozesses zur Lösung der syrischen Krise statt.

Es wird erwartet, dass die Staatschefs über internationale Fragen, die bilaterale und trilaterale Zusammenarbeit sowie die jüngsten Entwicklungen in Syrien sprechen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32224/13/322241339.jpg>

Dnr-online.ru: Stellungnahmen verschiedener Minister:

Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez: „Wir haben einen jungen Staat, es gibt Gesetze, es gibt die Verfassung. Und alle Einwohner der Republik dürfen gegen diese Prinzipien nicht verstößen, die bei der Gründung des Staates festgelegt wurden. Heute hat der Volkssowjet eine Entscheidung getroffen und wir werden sie ausführen“, erklärte Sergej Naumez. Er teilte auch mit, dass derzeit alle Vertreter der Organe der ausführenden Staatsmacht an ihren Plätzen arbeiten und ihre Funktionen in vollem Umfang ausfüllen. Auch die Justizministerin Jelena Radomskaja sprach sich für die Entscheidung des Volkssowjets aus.

Erklärung des Innenministeriums: Das Innenministerium der DVR erklärt seine Unterstützung der Entscheidung der Abgeordneten des Volkssowjets der DVR über die Benennung von Denis Puschilin zum kommissarischen Oberhaupt der DVR. Die Organe des Innenministeriums der DVR arbeiten verstärkt, sie sind bereit, alle Gefahren für eine stabile Funktion der Objekte der sozialen Infrastruktur und des Lebenserhaltung der DVR abzuwenden. Das Ministerium steht weiter zur Verteidigung der Rechtsordnung bereit, dazu, die Rechte und Freiheiten der Bürger der DVR zu verteidigen, die Einhaltung der Normen und Regelung der republikanischen Gesetzgebung zu gewährleisten.

Erklärung des Staatssicherheitsministeriums der DVR: Das Staatssicherheitsministerium der DVR erklärt, dass der Volkssowjet das einzige höchste Vertretungsorgan der Republik ist. Unter Berücksichtigung dessen unterstützt das MfS die Entscheidung des Volkssowjets der DVR über die Benennung von D. W. Puschilin als kommissarisches Oberhaupt der DVR. Das MfS setzt seine Arbeit fort, die auf die Gewährleistung der Sicherheit unseres Staates gerichtet ist, seinen Schutz vor inneren und äußeren Gefahren, dies stabile Funktion aller staatlichen und gesellschaftlichen Institute der Republik.

Das bisherige kommissarische Republikoberhaupt Dmitrij Trapesnikow unterstützte ebenfalls die Entscheidung des Volkssowjets und erklärte, dass seine Ernennung durch den Ministerrat dazu gedient haben, die Lage zu stabilisieren und die Verteidigung der DVR aufrecht zu erhalten.

de.sputniknews.com: Wyschinski-Fall: Moskau fordert internationale Reaktion auf „Willkür“ Kiews.

Moskau ist über die sich verschlechternde Gesundheit des inhaftierten Chefs von RIA Nowosti Ukraine, Kirill Wyschinski, besorgt und fordert seine sofortige Freilassung. Dies hat die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag verkündet.

Wyschinski befindet sich schon mehr als 100 Tage in ukrainischer Haft, nachdem ihm die Unterstützung der selbsterklärten Volksrepubliken im Donbass und Landesverrat vorgeworfen wurden.

Die ukrainischen Behörden sperren den Zugang von russischen Konsulatsangestellten zu ihm unter der Begründung, dass er ein Bürger der Ukraine sei.

„Besonders besorgniserregend ist die anhaltende Verschlechterung der Gesundheit von Kirill Wyschinski, der aus dem Gerichtssaal in einem Präinfarktzustand dringend ins Krankenhaus gebracht werden musste“, sagte Maria Sacharowa während ihres Briefings.

In der Untersuchungshaft werde dem Journalisten die notwendige medizinische Versorgung verweigert, so die Pressesprecherin weiter.

„Wir fordern die sofortige Freilassung von Kirill Wyschinski, und davor auch die Gewährleistung von akzeptablen Verwahrungsbedingungen. Wir fordern eine rechtzeitige medizinische Behandlung. Wir rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, die in der Ukraine herrschende gesetzliche Willkür zu beeinflussen“, erklärte Sacharowa.

Zuvor wurde im russischen Außenministerium die Inhaftierung Wyschinskis als tyrannisch

und inakzeptabel bezeichnet. Die russische Botschaft hatte zwei Noten an das ukrainische Außenministerium geschickt und darin ein Ende der Gewalt gegen Vertreter der Medien gefordert.

Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Harlem Désir äußerte ernste Besorgnis in Bezug auf das Vorgehen der ukrainischen Behörden gegenüber RIA Nowosti Ukraine. Er erinnerte daran, dass sich die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu verpflichtet hätten, solche Bedingungen zu fördern, welche die Tätigkeit eines Journalisten aus einem Mitgliedstaat in einem anderen OSZE-Land erlauben würden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32083/93/320839379.jpg>

Dnr-online.ru: Als kommissarisches Republikoberhaupt unterschrieb Denis Puschilin eine Reihe von Erlassen über die Ernennung und über die Entbindung von Funktionen gemäß der Verfassung der DVR:

- Der Ministerrat wird am dem 1. September als außer dem Dienst befindlich betrachtet. Dmitrij Trapesnikow und Alexandre Timofejew werden ihrer Funktionen in der Regierung entbunden.
- Außer den genannten Personen werden alle Mitglieder des Ministerrats der DVR angewiesen, ihre Funktionen kommissarisch bis zur Ernennung neuer Mitglieder des Ministerrats der DVR weiterzuführen.
- Zu kommissarischen stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden wurden Alexej Anantschenko, Wladimir Antonow und Jekaterina Matjuschtschenko benannt (Wladimir Antonow war bisher Landwirtschaftsminister, Jekaterina Matjuschtschenko Finanzministerin und auch bisher stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats)-
- Eduard Jakubowskij wird von seinem Amt als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofs der DVR entbunden. Andrej Kim wird zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs ernannt.

de.sputniknews.com\_ Erdogan auf Gipfel mit Putin und Rouhani: Türkei bleibt in Syrien. Bei dem trilateralen Syrien-Gipfel in Teheran tauschen die Präsidenten Russlands, Irans und der Türkei ihre Positionen zu der Krise im Nahostland aus. Laut dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan will die Türkei weiterhin in Syrien präsent bleiben.

Demnach sei die syrische Provinz Idlib „geopolitisch nicht nur für die Zukunft Syriens, sondern auch für die Gewährleistung der Sicherheit“ der Türkei wichtig.

Die Türkei werde daher weiterhin in Syrien präsent bleiben und keine Risiken für das türkische Territorium zulassen.

„Die Türkei ist entschlossen, ihre Präsenz in der Region weiter zu behalten, solange in Syrien die territoriale, politische und soziale Integrität nicht gewährleistet ist“, sagte Erdogan bei der

Eröffnung des Dreiergipfels.

Gemeint hierbei sei unter anderem die schwierige Situation mit den Flüchtlingen - die Türkei sei nicht mehr in der Lage, neue Flüchtlinge aufzunehmen. Sollte eine großangelegte Offensive gestartet werden, fürchtet Ankara eine neue Eskalation der Flüchtlingskrise, so Erdogan.

Eine Feuerpause für Idlib sei daher erstrebenswert. Erdogan sieht es als möglich an, die Terrorgruppierungen, die sich in Idlib befinden, „in andere Regionen“ zu versetzen.

„Wir glauben, dass wir versuchen könnten, diese Elemente (die Terroristen — Anm.d.Red.), die unsere russischen Freunde beunruhigen und eine Bedrohung für (die russische Basis in) Hmeimim darstellen, in entferntere Orte zu versetzen“, sagte er.

Besonders besorgniserregend für Ankara sei in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten offen Waffen an verschiedene Gruppierungen östlich des Euphrat liefern würden.



<https://cdnnde1.img.sputniknews.com/images/32224/28/322242830.jpg>

Dnr-online.ru: Mit einem Erlass werden folgende kommissarische Minister ernannt:

- Innenminister Alexej Dikij (wie zuvor)
- Zivilschutzminister Alexej Kostrubizkij (wie zuvor)
- Staatssicherheitsminister Wladimir Pawlenko (wie zuvor)
- Außenministerin Natalja Nikonorowa (wie zuvor)
- Justizminister Jurij Sirowatko (statt Jelena Radomskaja)
- Ministerin für ökonomische Entwicklung Wiktorija Romanjuk (wie zuvor)
- Minister für Industrie und Handel Sergej Iljin (statt Alexej Granowsij)
- Verkehrsminister Dmitrij Podlipanow (statt Rostislaw Markelo)
- Landwirtschaftsminister Wladimir Gorjatschew (statt Wladimir Antonow, der jetzt stv. Ministerratsvorsitzender ist)
- Informationsminister Igor Antipow (wie zuvor)
- Kommunikationsminister Wiktor Jazenko (wie zuvor);
- Kohle- und Energieminister Anatolij Nesterenko (wie zuvor);
- Finanzministerin Jekaterina Matjuschtschenko (wie zuvor);
- Bildungs- und Wissenschaftsminister Jewgenij Gorochow (wie zuvor);
- Kulturminister Michail Sheltjakow (wie zuvor);
- Arbeits- und Sozialministerin Larissa Tolstykina (wie zuvor);
- Jugend, Sport und Tourismus Alexandr Gromakow (wie zuvor);
- Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez (wie zuvor);
- Einnahmen und Abgaben Jewgenij Lawrenow (statt Alexandr Timofejew);
- Gesundheitsminister Alexandre Oprischtschenko (wie zuvor);

de.sputniknews.com: Putin: Terroristen in Idlib bereiten C-Waffen-Provokationen vor. Terroristen in dem syrischen Gouvernement Idlib verüben und bereiten Provokationen vor, darunter auch unter dem Einsatz von chemischen Waffen, wie der russische Präsident Wladimir Putin bei dem Gipfeltreffen zwischen Russland, dem Iran und der Türkei am Freitag erklärte.

„Die verbliebenen Gruppierungen von Extremisten (in Syrien – Anm. d. Red.) sind momentan in der Deeskalationszone in der Provinz Idlib konzentriert. Die Terroristen unternehmen Versuche, den Waffenstillstand zu brechen, mehr noch, sie verüben und bereiten verschiedene Provokationen vor, darunter auch unter dem Einsatz von chemischen Waffen“, so der russische Präsident.

„Unsere unbedingte Priorität ist die endgültige Beseitigung des Terrorismus in Syrien. Vor kurzem wurde der südwestliche Teil des Landes mit Unterstützung der russischen Luft- und Weltraumkräfte befreit“, sagte Putin weiter.

„Wir halten es für unzulässig, wenn man unter dem Vorwand des Schutzes der Zivilbevölkerung die Terroristen aus der Schusslinie nehmen und den syrischen Regierungstruppen Schaden zufügen will. Wir glauben, genau darauf sind auch die Versuche gerichtet, einen C-Waffen-Einsatz durch die syrische Armee zu inszenieren. Wir besitzen unwiderlegbare Beweise für die Vorbereitung von Terroristen auf solche Operationen und Provokationen“, betonte der Präsident.

Das Territorium der Provinz Idlib bleibt zurzeit praktisch außer Kontrolle der syrischen Regierungstruppen. Dort befinden sich Kämpfer der bewaffneten Opposition und, wie Moskau und Damaskus behaupten, Terroristen einer Reihe von Gruppierungen, die die syrische Armee regelmäßig angreifen. In den letzten Tagen hat sich die Situation um Syrien zugespitzt.

Zuvor hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkov, erklärt, Terroristen von „Hai’at Tahrir asch-Scham“ würden eine Provokation vorbereiten. Damit solle Damaskus des Einsatzes von Chemiewaffen gegen Zivilisten in der syrischen Provinz Idlib bezichtigt werden, was dann als Vorwand für einen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Regierungsobjekte in Syrien dienen könnte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31834/03/318340379.jpg>

Dan-news.info: Es wurden heute zwei Artikel veröffentlicht, in denen der ehemalige Minister für Einnahmen und Abgaben Alexandr Timofejew von Leitern von Transport- und landwirtschaftlichen Unternehmen beschuldigt wird, eigenmächtig und unrechtmäßig im

Namen des Ministeriums Eigentum dieser Unternehmen eingezogen zu haben.

de.sputniknews.com: Wiederaufbau Syriens: Firmen aus Russland und Iran erhalten Vorrang – Damaskus

Unternehmen aus Russland und dem Iran werden den Vorrang beim Wiederaufbau Syriens erhalten, erklärte der syrische Außenminister Walid Muallem.

„Mit Rücksicht darauf, dass wir uns im Krieg gegen den Terrorismus auf unsere Freunde aus der Islamischen Republik Iran und aus der Russischen Föderation stützten, geben wir natürlich auch beim Wiederaufbauprozess unseren Freunden aus dem Iran und Russland und Unternehmen dieser Länder den Vorrang“, sagte der Minister in einem Interview für die russische Zeitschrift „Meschdunarodnaja Schisn“ („Internationales Leben“).

Das bedeutet die Anerkennung von jenen Opfern, die diese Länder für Syrien gebracht hätten, mit Blick darauf, dass sie die entsprechenden Möglichkeiten für die Teilnahme am Wiederaufbauprozess hätten, so Muallem weiter.

„Es gibt auch eine Gruppe von Ländern – von Freunden Syriens – wie China, Indien, Malaysia, Brasilien und Südafrika. Firmen aller dieser Länder haben den Wunsch geäußert, sich an dem Programm zum Wiederaufbau Syriens zu beteiligen“, fügte der syrische Politiker hinzu.

Am 30. August hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Russland sei bereit, seinen Beitrag zum Wiederaufbau Syriens und zur Regelung der Situation um die Rückkehr der Flüchtlinge zu verstärken.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31268/52/312685252.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 1. bis 7. September 2018:

In dieser Woche findet in den Einheiten der Volksmiliz der DVR die zweite Etappe des Wettbewerbs von Panzermannschaften, Mannschaften von Schützenpanzern, Mörser- und Raketenartilleriezügen, Mannschaften von Artilleriesystemen statt. In den Kommunikationseinheiten wurden taktische Spezialübungen durchgeführt, die auf die Erhöhung der professionellen Fertigkeiten der Soldaten gerichtet sind.

Die Volksmiliz der DVR hat in der letzten Woche gemeinsam mit karitativen und gesellschaftlichen Organisationen weiterhin humanitäre Hilfe an bedürftige Familien und Familien gefallener oder verletzter Soldaten geleistet. Einwohner von Kominternowo, Saitschenko, Dershinskoje, Nowaja Tawrija und Leninskoje erhielten Lebensmittelpakete. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **19-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Beschossen wurden die Gebiete von **15 Ortschaften**, auf die der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und

Schusswaffen schoss.

Durch Beschuss von den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Drapatyj auf das **Gebiet des Gagarin-Bergwerks** wurde ein Haus in der Wosnesenskij-Straße beschädigt. Die Einheiten der 36. Panzergrenadierbrigade, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Gnatow ist, haben **Kominternowo** beschossen, dabei wurden elf Häuser beschädigt.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 50 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt. Der Gegner hat die Gebiete von **18 Ortschaften** der Republik mit Mörsern der Kaliber 120 und 82 mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. In Folge von Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte wurden **12 Häuser beschädigt, acht Häuser** in Sajzewo, in der Siedlung des Gagarin-Bergwerks und in Kominternowo **brannten ab**.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die **Konzentration von Einheiten der Raketen- und Rohrartillerie** sowie selbstfahrender Artillerie **im Norden und Südosten von Welikaja Nowoselka** erhalten.

Technik und Waffen werden auf dem Territorium Milchfarm, in Hangaren für landwirtschaftliche Technik konzentriert und in den Gebäuden der Farm selbst getarnt.

Derzeit sind je zwei Abteilungen jeder Art von Artillerie stationiert.

Die Raketenartillerieabteilungen sind mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ (Kaliber 122mm, 18 Stück) und „Uragan“ (Kaliber 220mm, 12 Stück), die Rohrartillerieabteilungen mit Geschützen „Giazint-B“ (152mm, 18 Stück) und D-30 (122mm, 18 Stück) ausgerüstet, die mit selbstfahrender Artillerie mit 2S1 Gwosdika (122mm, 18 Stück) und 2S3 „Akazija“ (152mm, 18 Stück) ausgerüstet.

Das Kommando der gemischten Artilleriegruppe wurde dem Kommandeur der 55. Artilleriebrigade Katschura übertragen.

Nach Mitteilung örtlicher Einwohner ist an der Entladestation Satschatowka ein Zug mit Munition eingetroffen. Die Ladung besteht aus Munition für Artilleriesysteme und Mehrfachraketenwerfer.

Nach uns vorliegenden Informationen sinkt das moralisch-psychische Niveau des Personals der 128. Gebirgsjäger-, der 36. Marineinfanterie- und der 79. Luftsturmbrigade kontinuierlich ab. Das Kommando der Verbände meldet an den Stab der OOS, dass dies in erster Linie mit der Vorbereitung auf den bevorstehenden Angriff verbunden ist.

Wie uns bekannt wurde, haben in der letzten Woche 18% des Personals (etwa 550 Personen) in der 128. Brigade, 19% in der 36. Brigade (etwa 600 Personen) und 14% in der 79. Brigade (etwa 350 Personen) Anträge auf Versetzung in andere Verbände oder Entlassung aus den ukrainischen Streitkräften eingereicht. So hat sich die Stärke der Schlaggruppierung allein in dieser Woche selbst ohne unsere Einmischung um fast 1500 Mann verringert.

Wir hoffen, dass in diesen Verbänden tatsächlich mehr zurechnungsfähige Soldaten sind, die verstehen, dass die bevorstehende Operation, über die uns bereits fast alles bekannt ist, für sie ein Weg zum Ende ist.

Wir empfehlen den Soldaten nachdrücklich, die Möglichkeiten der geltenden Gesetzgebung der Ukraine und der allgemeinmilitärischen Regelungen der ukrainischen Streitkräfte zu nutzen und sich weiter von diesem Angriff in einen „Kessel“ versetzen zu lassen. Ja, möglicherweise heroisiert euch dann die ukrainische Propaganda, aber im Grab wird euch das schon gleichgültig sein, genauso wie euren Verwandten, die euch lebend brauchen.

Derzeit führt die militärische Führung der ukrainischen Streitkräfte einen Maßnahmekomplex zur Erhöhung der Personalausstattung der grundlegenden Schlageinheiten (36., 128. und 79. Brigade) durch. Durch die Herausgabe einer Reihe von Erlassen, die in einigen Fällen die gültigen Gesetze der Ukraine verletzen, sollen die „Löcher“ in diesen Einheiten durch die Einberufung von Bürgern der Ukraine, die keine Erfahrung beim Wehrdienst in den

ukrainischen Streitkräften haben und kaum die Volljährigkeit erreicht haben, zum Vertragsdienst „gestopft“ werden.

Dabei werden diese Jugendlichen in der Mehrheit der Fälle zum Abschluss des Vertrags durch Betrug und Versprechen von „goldenem Bergen“ verlockt. Um sie zum Dienst zu verlocken, arbeiten Gruppen von Militärpsychologen in allen Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte und in den Militärkommissariaten. Außerdem arbeiten Gruppen von Psychologen in den Einheiten in der OOS-Zone, aber mit einer etwas anderen Aufgabe – die Entdeckung von Soldaten im Alter von 18 bis 22 Jahren in schlechtem moralisch-psychischen Zustand, die Durchführung von tiefgehenden psychologischen Untersuchungen mit ihnen und die Vorbereitung von Vorschlägen zur Beseitigung der entdeckten Ursachen für den diesen Zustand.

Interessante Dinge, die die vollständige Prinzipienlosigkeit und Zahnlosigkeit des Kommandos der Besatzungskräfte und Najews persönlich demonstrieren, geschehen jetzt in Richtung Mariupol.

Bei der Bildung der Schlaggruppierung haben die Kriegsverbrecher aus dem Stab der OOS ihre eigenen Prinzipien übertreten und entgegen den zuvor gegebenen Zusagen und Befehlen Nationalisten aus der „ukrainischen Freiwilligenarmee“, namentlich das 8. Bataillon der „ukrainischen Freiwilligenarmee“ „Aratta“ zur Hilfe gerufen.

Außerdem wurden ihnen entgegen den zuvor durchgeföhrten Maßnahmen zur Entwaffnung der Nazisten in der OOS Waffen belassen, und das Kommando der OOS hat dem Kommandeur des Regiments „Asow“ die Anweisung gegeben, gemeinsame Übungen mit den „Aratta“-Einheiten zur Säuberung von Ortschaften auf besetztem Territorium durchzuführen. Najew hat als gemeine Ratte sein Wort zurückgenommen und die Legitimität des Aufenthalts dieser Neonazisten in der OOS-Zone bestätigt. Was soll man sagen – wie die politische Führung des Landes ist, so sind auch die Heerführer. Sowohl die einen als auch die anderen halten ihr Wort nicht.

Wir rufen die ukrainische Seite ein weiteres Mal auf, von jeglichen Handlungen zur Eskalation dieses Konflikts Abstand zu nehmen. Dies wird keine territorialen Änderungen bringen. Dies wird nur Tränen und Leid in Familien in erster Linie Ihrer Bürger bringen.

Wir wollen keinen Krieg! Wir wollen Frieden in diesem Land! Wir wollen Frieden zwischen Ukrainern und Russen! Man versucht uns zu entzweien, um daran zu verdienen! Die Politik der Ukraine beruht auf Subventionen von außen, die der Militärs aus dem Generalstab auf dem Verkauf von Waffen!

Bürger der Ukraine, haltet eure Führung von Mord an euren Kindern ab! Wir brauchen das Leben und Blut eurer Verwandten nicht – wie verteidigen nur unser Land! Wir verteidigen unsere Heimat!

de.sputniknews.com: Moskau empört über Aufstellung des Denkmals für Waffen-SS-Legionäre in Estland.

Moskau ist über die Aufstellung eines Gedenksteins für estnische Waffen-SS-Legionäre in Estland empört. Das sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag.

„Die Wiedererrichtung des skandalösen Denkmals für die Legionäre der 20. estnischen Waffen-SS-Division am 2. September in der Ortschaft Lihula, das im Jahr 2004 demontiert worden war, kann nur Empörung auslösen“, sagte Sacharowa.

Sie betonte, dass dies mit Duldung der estnischen Behörden passiert sei, was davon zeuge, dass Tallinn Kurs auf die Förderung der Nazi-Ideologie genommen habe.

„Wir rufen unsere internationalen Partner auf, ihre Aufmerksamkeit einer Serie von frevelhaften Versuchen zu schenken, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs umzuschreiben, welche im post-sowjetischen Estland alltäglich geworden sind“, betonte Sacharowa.

Die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) hatte am 2. September eine Gedenkveranstaltung in der Stadt Lihula vor einer Kopie des Denkmals für jene Esten durchgeführt, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite Nazi-Deutschlands kämpften. Wie die Organisatoren erklärten, sei die Kopie des Denkmals nur für die Zeit der Veranstaltung aufgestellt worden.

Das Denkmal mit dem Bild eines in eine SS-Uniform gekleideten Soldaten wurde erstmals 2002 in der Stadt Pärnu errichtet, aber nach einer Reihe von Protesten bald wieder demontiert. Im August 2004 wurde das Denkmal auf Initiative der estnischen Organisationen der Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs, die an der Seite Nazi-Deutschlands kämpften, in der Stadt Lihula errichtet. Unter dem Druck der Weltgemeinschaft musste die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Juhan Parts das Denkmal am 2. September 2004 demontieren lassen.

Mil-lnr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination des Volksmiliz der LVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 1. bis 7. September 2018

**... Insgesamt gab es in der letzten Woche einen Fall der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung, auf das Territorium der Republik wurden sechs Mörsergeschosse abgefeuert.**

Beschossen wurde Slawjanoserbsk. Den verbrecherischen Befehl zum Beschuss erteilt der Kommandeur der 53.Brigade Grusewitsch....

de.sputniknews.com: USA stocken Truppen in Deutschland um 1500 Soldaten auf. Die USA stocken ihre Truppen in Deutschland um rund 1500 Soldaten auf. Die neuen Einheiten sollen bis 2020 zusätzlich zu den bereits im Land stationierten US-Soldaten nach Deutschland kommen, meldet die Agentur AFP unter Berufung auf US-Botschafter Richard Grenell.

Die zusätzlichen Soldaten sollten „für die Stärkung der Nato und der europäischen Sicherheit im Einsatz sein“, zitiert die Agentur den Botschafter. Derzeit seien in Deutschland mehr als 30.000 Soldaten stationiert.

Der Schritt der USA dämpft Befürchtungen, das Land könnte sich unter dem US-Präsidenten, Donald Trump, von Europa und den Nato-Verbündeten abwenden, so die Nachrichtenagentur Reuters. AFP betont, dass Trump seine Kritik besonders an Deutschland geübt habe. Erst beim Nato-Gipfel im Juli in Brüssel hatte Trump die Mitglieder der Allianz aufgefordert, die Militärausgaben von dem früher vereinbarten Richtwert von zwei Prozent des BIP auf vier Prozent aufzustocken. Der US-Präsident drohte mit einem Austritt aus dem Bündnis, falls die Partner ihre Wehretats nicht rasch und drastisch aufstockten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32224/50/322245029.jpg>

Dnr-online.ru: Am Vortrag der Feiern zum 75. Jahrestag der Befreiung des Donbass zog der Verteidigungsminister der DVR, der Held der DVR Generalleutnant Wladimir Kononow, Parallelen zwischen den Ereignissen 1943 und 2014.

„Im Jahr 2014, als hier aktive Kämpfer stattfanden, und 1943, als die Rote Armee den Sieg an der Mius-Front errang, war diese Höhe sehr wichtig. Für uns war es nicht weniger wichtig, hier den Sieg zu erringen. Unsere Großväter konnten das, sollten wir das etwa nicht können? Und alles wiederholte sich. Die Höhe ging zweimal zwischen den Seiten über. Für uns ist das ein mehr als heiliger Ort, hier ist die Erde getränkt mit dem Blut von Tausenden von Söhnen unseres Vaterlands. Und dies zu vergessen, dazu haben wir nicht das Recht“, sagte Wladimir Kononow.

### **abends:**

de.sputniknews.com: Syrien bereit zur Aufnahme einer Million Flüchtlinge – Putin  
Syrien hat notwendige Bedingungen zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen geschaffen, wie Russlands Präsident Wladimir Putin am Freitag bei dem Gipfeltreffen in Teheran erklärte.

„Syrien hat die Bedingungen zur Aufnahme von bis zu einer Million Flüchtlinge geschaffen. Die Regierung hat feste Garantien für Sicherheit und Nichtdiskriminierung der zurückkehrenden Bürger gegeben. Das betrifft auch die Eigentumsfragen“, sagte Putin.  
Russland unterstützte die Initiative zur Schaffung eines umfassenden Programms für den Wiederaufbau von Syrien. Der Präsident erinnerte zudem an das Ausmaß der Zerstörungen und betonte, wie wichtig solche Projekte in dieser Hinsicht seien.  
Die Staats- und Regierungschefs Russlands, der Türkei und des Irans haben sich bereit erklärt, die Möglichkeit einer internationalen Konferenz über syrische Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Erwägung zu ziehen, heißt es auf der Website des iranischen Präsidenten.

Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Freitag beim Gipfeltreffen in Teheran mit seinen türkischen und iranischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan und Hassan Rouhani zusammengetroffen. Die Verhandlungen finden im Rahmen des Astana-Friedensprozesses zur Lösung der syrischen Krise statt.

de.sputniknews.com: Deutlich mehr als vermutet: Nebensja nennt Zahl von Terroristen in Idlib.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat während einer Tagung des UN-Sicherheitsrates am Freitag die Zahl der Terroristen preisgegeben, die in der Region des syrischen Idlibs aktiv sind.

„In der Deeskalationszone von Idlib handeln zwischen 40 und 45 Terrorgruppen, die insgesamt ungefähr 50.000 Menschen zählen“, teilte der UN-Botschafter mit.  
Die syrische Führung sei völlig berechtigt, für die Wiederherstellung der Kontrolle über das ganze Territorium des Landes zu kämpfen. „Mehr als das, das ist eine Verpflichtung der syrischen Regierung gegenüber ihrem Volk.“

Nebensja warf den westlichen Ländern vor, den Kampf gegen die Terroristen in Idlib zu sabotieren.

„Wir haben den ständigen Eindruck, dass unsere westlichen Partner die Hysterie um Idlib schüren und zusammen versuchen, die Niederlage der letzten großen terroristischen Enklave in Syrien zu verhindern.“

Das Territorium der Provinz Idlib bleibt zurzeit praktisch außer Kontrolle der syrischen Regierungstruppen. Dort befinden sich Kämpfer der bewaffneten Opposition und, wie

Moskau und Damaskus behaupten, Terroristen einer Reihe von Gruppierungen, die die syrische Armee regelmäßig angreifen. In den letzten Tagen hat sich die Situation um Syrien zugespitzt.

Zuvor hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkov, erklärt, Terroristen von „Hai‘at Tahrir asch-Scham“ würden eine Provokation vorbereiten. Damit solle Damaskus des Einsatzes von Chemiewaffen gegen Zivilisten in der syrischen Provinz Idlib bezichtigt werden, was dann als Vorwand für einen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Regierungsobjekte in Syrien dienen könnte.

Auch der UN-Sondergesandte Staffan de Mistura betonte bei einem Briefing in Genf am heutigen Donnerstag, wie ernsthaft die Lage in Idlib sei:

„In Idlib haben sich - und das ist eine Tatsache, die wir zur Kenntnis nehmen müssen - außerordentlich viele ausländische Kämpfer von ‚Al-Nusra‘ und ‚Al-Kaida‘ konzentriert“, sagte er. „Niemand verneint, dass sie Terroristen sind, das ist von der Uno anerkannt. Die Stärke von ‚Al-Kaida‘ und ‚Al-Nusra‘ oder wie sie sich auch nennen wollen, beträgt rund 10.000 Menschen plus ihre Familien“, so de Mistura.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32217/96/322179666.jpg>

de.sputniknews.com: US-Koalition startet Militärmanöver in Ostsyrien. Die US-geführte Koalition zur Bekämpfung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ hat am Freitag Übungen im Osten Syriens begonnen, teilte die Koalition auf ihrer Internetseite mit. Die Übungen verlaufen demzufolge in der Region der Basis Al-Tanf in der Provinz Homs unweit der Grenze zum Irak und zu Jordanien sowie in der 55 Kilometer weiten Zone um die Basis.

„Unter anderem wird ein Luftschlag auf eine Formation von Kompaniestärke mit Kampfschießen trainiert <...>. Unsere Kräfte werden die Fähigkeit demonstrieren, sich schnell zu entfalten, das Ziel mit integrierten Luft- und Bodenstreitkräften zu attackieren, ein schnelles Eindringen an einem beliebigen Ort im Raum des Einsatzes der Koalition durchzuführen“, heißt es in der Mitteilung.

Man arbeite zudem daran, Konflikte mit den „russischen Kollegen“ zu verhüten, indem man „entsprechende dafür bestimmte Kanäle verwendet, die für die Vermeidung von Missverständnissen oder einer Eskalation von Spannungen geeignet“ seien.

Im Jahr 2017 war von den US-Geheimdiensten eine Militärbasis in Al-Tanf eingerichtet worden. Sie soll von westlichen und nahöstlichen Verbündeten zur militärischen Ausbildung von Vertretern der „moderaten Opposition“ genutzt werden. Das löste Besorgnis bei russischen Militärs aus. Ihnen zufolge nehmen die von US-Militärinstruktoren geschulten Kämpfer an Kampfhandlungen gegen die syrischen Regierungskräfte teil.

Anfang Juni hatte das syrische Außenministerium die amerikanischen Truppen aufgefordert, das Gebiet Al-Tanf zu verlassen, um weitere Verhandlungen über die südlichen Territorien des

Landes zu ermöglichen.

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten führen seit 2014 eine Militäroperation in Syrien und dem Irak durch, die gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gerichtet ist. Dabei befinden sich US-Soldaten ohne jegliche Genehmigung der Behörden Syriens im syrischen Staatsgebiet.

Russland hatte 2015 auf Bitte der syrischen Regierung damit begonnen, Luftangriffe gegen Terroristen in Syrien zu fliegen. Die russischen und die amerikanischen Militärs koordinieren ihre Handlungen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Bisher hat es noch keine gegeben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32046/50/320465014.jpg>

de.sputniknews.com: „Anschuldigungen gegen Russland komplett fabriziert“: Moskau zu Fall Skripal

Alle Anschuldigungen gegen Russland im Skripal-Fall sind komplett gefälscht, London kann seine Vorwürfe mit keinen Beweisen belegen, heißt es in einem Kommentar vom Departement für Information und Presse des russischen Außenministeriums.

„Russland hat mehrmals auf verschiedenen Ebenen erklärt, dass es keinerlei Beziehung zu dem Geschehenen in Salisbury und Amesbury habe. Wir haben der britischen Seite wiederholt vorgeschlagen, zu diesen Vorfällen zu ermitteln. Die negative Reaktion auf unsere Aufrufe zur Kooperation sowie die seit einem halben Jahr andauernde Weigerung, den Zugang zu den russischen Bürgern Sergej und Julia Skripal zu gewährleisten, die zu Opfern der Attacke erklärt wurden, verstärkt nur die Überzeugung, dass London keine Begründung für seine eigenen Vorwürfe gefunden hat. Alle Anschuldigungen gegen uns sind komplett fabriziert“, geht aus dem Kommentar hervor.

Zuvor hatte der Pressedienst der deutschen Bundesregierung eine Erklärung verbreitet. Demzufolge haben Frankreich, Deutschland, die USA und Großbritannien gemeinsame Handlungen zur Unterbindung der Tätigkeit der russischen Militäraufklärung GRU unternommen, indem sie „Agenten“ nach dem Giftanschlag auf die Skripals ausgewiesen haben.

Sergej Skripal und seine Tochter Julia, die am 4. März unweit des geheimen Militärlabors Porton Down bewusstlos aufgefunden wurden, waren nach Darstellung der britischen Regierung mit dem tödlichen Giftstoff A234, im Westen unter dem russischen Namen Nowitschok bekannt, vergiftet worden. Ihre schnelle Genesung halten Experten jedoch für überraschend.

Die britische Premierministerin Theresa May machte umgehend die russische Regierung für das mutmaßliche Attentat verantwortlich und ordnete die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten an. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele

weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür.

Russland weist den Vorwurf, in den Giftanschlag auf die Skripals verwickelt zu sein, entschieden von sich und fordert eine unabhängige Untersuchung des Vorfalls. Als Reaktion wies auch Moskau westliche Diplomaten aus, erklärte sich dabei aber wiederholt bereit, bei den Ermittlungen zu helfen. Die britischen Behörden winkten ab.

Der damalige britische Außenminister Boris Johnson versprach im März, „verblüffende Beweise“ gegen Russland zu präsentieren, tat das bis zu seinem Rücktritt im Juli aber nicht. Das mit der Untersuchung beauftragte britische Militärlabor Porton Down teilte im April mit, dass eine russische Herkunft des Nervengifts nicht nachweisbar sei.

Am 5. September hatte Theresa May zwei russische Bürger, Alexander Petrow und Ruslan Boschirow, für den Giftanschlag auf den russischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter in Großbritannien verantwortlich gemacht. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hatte diese Erklärung kommentiert und darauf verwiesen, die Namen und Bilder der vermeintlichen Agenten würden der russischen Seite gar nichts sagen. Sie hatte Großbritannien aufgerufen, von öffentlichen Anschuldigungen und informationellen Manipulationen zu einer praktischen Zusammenarbeit der Rechtsschutzbehörden überzugehen.